

Jan Šenkyř **Marokko
im Wandel**

**Eine Bestandsaufnahme
der Situation nach den Wahlen**

Die Parlamentswahlen am 27. September 2002 waren ein wichtiges Datum für Marokkos Demokratie. Es waren die ersten Wahlen unter der Herrschaft des jungen König Mohammed VI., der 1999 nach dem Tod seines Vaters Hassan II. den Thron bestiegen hatte. Zugleich waren es die zweiten Wahlen seit dem von Hassan II. Ende der neunziger Jahre eingeleiteten Prozess der vorsichtigen Öffnung und Reformierung des Landes. Im Unterschied zu den vorhergegangenen Volksbefragungen kann der diesjährige Urnengang als weitgehend transparent und regulär betrachtet werden. Damit kann aus dem Wahlergebnis auch erstmals ein realistisches Abbild der politischen Stimmungslage in Marokko abgeleitet werden. Wesentliche Aspekte sind die niedrige Wahlbeteiligung, die hohen Stimmengewinne der Islamisten und der erstmalige Einzug von 35 Frauen in das neue Parlament. Zugleich zeichnet sich mit der Ernennung eines parteilosen Vertrauensmannes des Königs zum neuen Premierminister ein stärkeres Eingreifen des Monarchen in die politischen Geschäfte Marokkos ab.

Mit der Ernennung des parteilosen Ex-Innenministers Driss Jettou zum neuen Premierminister ist in Marokko eine neue politische Etappe eingeleitet worden. Der junge König Mohammed VI. hat mit der Berufung eines Technokraten an die Spitze der Regierung seinen eigenen Machtanspruch deutlich gemacht und gleichzeitig die politische Mission der sogenannten Regierung des „Wechsels“ (*l'Alternance*) des Sozialisten Abderrahman Yousoufi für gescheitert erklärt. Die Tatsache, dass die Besetzung des Spitzenpostens in der Exekutive ohne Rücksicht auf die Wahlergebnisse und die Kräfteverteilung im neuen Parlament durchgeführt worden ist, bedeutet eine weitere Marginalisierung der Rolle der politischen Parteien im machtpolitischen Koordinatensystem Marokkos. Das Vorgehen des Königs ist allerdings verfassungskonform und mit Ausnahme der Regierungsbildung von 1997 bislang übliche Praxis gewesen. Für das Land wird entscheidend sein, ob die von Jettou zusammengestellte neue Regierung imstande sein wird, die enormen sozialen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Probleme zumindest im Ansatz zu lösen und Marokko eine Perspektive für die Zukunft zu geben.

Nur zwei Wochen vor der Nominierung des Premiers, am 27. September 2002, wurden in Marokko Parlamentswahlen abgehalten, die allgemein für die ersten „sauberen und transparenten“ Wahlen in der Geschichte des Landes gehalten werden. Mit einem neuen Wahlgesetz, das kurz vor dem Wahltermin auf

Drängen des Königs in einem Schnellverfahren von Regierung und Parlament verabschiedet wurde, sind die Regeln für den Urnengang weitgehend demokratischen Standards angeglichen worden. Damit sollte sowohl innen- als auch außenpolitisch ein klares Signal gesetzt werden, dass der Prozess der vorsichtigen politischen Öffnung und Demokratisierung, den Ende der neunziger Jahre der 1999 verstorbene König Hassan eingeleitet hatte, weiter fortgesetzt werde. Zugleich wollte sich Hassans Sohn und Nachfolger, der 39-jährige Mohammed VI., mit der Volksbefragung zusätzliche Legitimität und Ansehen verschaffen. Es waren die ersten Wahlen unter seiner Herrschaft und – im Unterschied zu den insgesamt sechs vorherigen Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit Marokkos im Jahre 1956 – die ersten Wahlen, die keinen Manipulationen und Fälschungen unterzogen werden sollten. Damit wurde unter politischen Beobachtern die Erwartung gestärkt, dass die Volksabstimmung den Übergang von der 1997 durch Hassan II. gezielt installierten „Regierung des Wechsels“ zu einer vom Wähler legitimierten „demokratischen Regierung des Wechsels“ vollenden werde. Das Ergebnis der Abstimmung würde zudem erstmals ein realistisches Abbild der tatsächlichen politischen Stimmungslage in der marokkanischen Bevölkerung abgeben. Mit der erklärten Absicht, die Wahlen ohne Fälschungen und Nachbesserungen nach demokratischen Standards abhalten zu wollen, und damit dem impliziten Eingeständnis, dass es bisher zu Fälschungen gekommen ist, ist der König ein nicht unerhebliches politisches Risiko eingegangen. Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Parlamentswahlen war Innenminister Driss Jettou.

Die Geschichte des Parlamentarismus in Marokko geht auf die erste Verfassung von 1962 zurück, die seinerzeit die Schaffung eines Zweikammerparlaments festlegte. Das aus den Wahlen im Oktober 1963 hervorgegangene Parlament wurde jedoch bereits im Juni 1965 in Folge der Ausrufung des Ausnahmezustands durch Hassan II. wieder aufgelöst. Erst 1970 wurde nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung wieder gewählt, diesmal zu einem Einkammerparlament, das allerdings nach dem gescheiterten Militärputsch von 1971 abermals ein jähes Ende fand. Bis 1996 wurden dann drei weitere Wahlen abgehal-

■ Die Geschichte des Parlamentarismus in Marokko geht auf die erste Verfassung von 1962 zurück, die seinerzeit die Schaffung eines Zweikammerparlaments festlegte. Das aus den Wahlen im Oktober 1963 hervorgegangene Parlament wurde jedoch bereits im Juni 1965 in Folge der Ausrufung des Ausnahmezustands durch Hassan II. wieder aufgelöst.

■ Die indirekte Wahl diente als Instrument für Manipulation und Fälschung, da deren Wahlgremien letztendlich dem Innenministerium – und somit dem Palast – unterstehen. Damit konnten etwaige unerwünschte Ergebnisse der direkten Wahl über das Resultat der indirekten Wahl korrigiert und nachgebessert werden.

ten (1977, 1984, 1992), wobei jedes Mal durch eine entsprechende Verfassungsänderung neue Regeln für die Parlamentsbildung geschaffen wurden. Generell ging es darum, nach welchem Schlüssel die Mandate durch direkte und indirekte Wahlen vergeben wurden. Im Modell des Einkammerparlaments wurde ein Teil (ca. zwei Drittel) der Sitze in allgemeinen direkten Wahlen durch die Wähler vergeben, ein Teil (ca. ein Drittel) der Abgeordneten wurde indirekt durch andere Wahlgremien (Gemeinden, Berufsverbände, Arbeitnehmerorganisationen) bestimmt. Die indirekte Wahl diente als Instrument für Manipulation und Fälschung, da deren Wahlgremien letztendlich dem Innenministerium – und somit dem Palast – unterstehen. Damit konnten etwaige unerwünschte Ergebnisse der direkten Wahl über das Resultat der indirekten Wahl korrigiert und nachgebessert werden. Mit der Verfassung von 1996, die Hassan II. – wie auch alle vorherigen – durch ein Referendum bestätigen ließ, wurde erstmals wieder die Idee eines Zweikammerparlaments aufgegriffen. Dem vorhergegangen waren langwierige Verhandlungen zwischen dem König und den politischen Parteien, die die Abschaffung der indirekten Wahl forderten. Mit der Schaffung der direkt gewählten Abgeordnetenkammer kam Hassan II. diesen Forderungen entgegen. Als Machtkorrektiv wurde jedoch vom Monarchen eine zweite Kammer, die Kammer der Berater, eingeführt, die weiterhin nach indirektem Wahlverfahren besetzt wird.

Das derzeitige Parlament setzt sich also folgendermaßen zusammen:

Die erste Kammer, das *Abgeordnetenhaus* (Chambre des Représentants), umfasst 325 Sitze, die nach allgemeinen Direktwahlen vergeben werden. Sie wird für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt.

Die zweite Kammer, die *Kammer der Berater* (Chambre des Conseillers), umfasst 270 Sitze und besteht zu drei Fünfteln aus lokalen Mandatsträgern und zu zwei Fünfteln aus Vertretern der Berufsverbände und der Arbeitnehmerorganisationen. Sie werden durch indirekte Wahlen über Wahlmänner bestimmt. Die Mitglieder der zweiten Kammer werden für eine Periode von neun Jahren gewählt, alle drei Jahre wird ein Drittel der Abgeordneten ausgewechselt.

Alle Parlamentsmitglieder sind in ihren Rechten unverletzlich, solange sie nicht die heiligen Grundwerte des Königreichs (Gott, König, Vaterland – d.h. die Religion des Islam, die Unantastbarkeit der Person des Königs, die Monarchie und ihre territoriale Integrität, einschl. Westsahara) in Frage stellen.

Beide Kammern des Parlamentes haben analoge Funktionen und Kompetenzen, d. h. sie kontrollieren die Regierung und können Gesetzesinitiativen ergreifen. Alle neuen Gesetze müssen von beiden Kammern verabschiedet werden. Kommt es zu keiner Einigung, wird ein Vermittlungsausschuss angerufen, der paritätisch aus Mitgliedern beider Kammern besteht. Kommt es auch dann zu keiner Einigung, kann das Abgeordnetenhaus (erste Kammer) das Gesetz mit absoluter Mehrheit durchbringen. Beide Kammern können mit Zweidrittelmehrheit einen Misstrauensantrag stellen und mit absoluter Mehrheit ihrer Stimmen die Regierung zu Fall bringen.

Eine alles überragende Rolle im Machtsystem Marokkos kommt dem König zu. Artikel 19 der Verfassung gewährt dem König die Rolle des Hüters über den Islam, über die Verfassung, die Rolle des Beschützers der Rechte und Freiheiten der Bürger sowie die Rolle des obersten Repräsentanten des Volkes und des Staates. Der König steht de facto über der Verfassung, er kontrolliert als oberste Autorität alle Institutionen der Monarchie. Neben der weltlichen Herrscherfunktion übernimmt der Monarch in Marokko auch die Funktion des religiösen Führers (*Amir Al Mu'minin*), die von der beanspruchten genealogischen Abstammung der alawitischen Herrscherdynastie vom Propheten hergeleitet wird. Laut Artikel 24 der Verfassung von 1996 ernennt der König den Premierminister, er ernennt nach Vorschlag des Premierministers die anderen Regierungsmitglieder. Der König kann einzelne Minister entlassen, oder die gesamte Regierung – entweder auf eigene Initiative, oder nach einer Rücktrittserklärung. Der König steht dem Ministerrat vor, die Schlüsselministerien – Auswärtiges, Inneres, Justiz und Islamangelegenheiten – unterstehen ihm unmittelbar. Somit kann der Monarch jederzeit in die Regierungsgeschäfte eingreifen. Er hat das Recht, das Parlament aufzulösen, er kann die vom Parlament beschlossenen Gesetze promulgieren oder ablehnen. Darüber hinaus kann er nach

■ Eine alles überragende Rolle im Machtsystem Marokkos kommt dem König zu. Artikel 19 der Verfassung gewährt dem König die Rolle des Hüters über den Islam, über die Verfassung, die Rolle des Beschützers der Rechte und Freiheiten der Bürger sowie die Rolle des obersten Repräsentanten des Volkes und des Staates.

■ **Trotz der umfassenden Machtbefugnisse ist der Monarch auf die demokratischen Institutionen und die politischen Parteien angewiesen, um ein Gleichgewicht der gesellschaftlichen Gruppen herzustellen, den nationalen Konsens zu erhalten und als Schiedsrichter über den partikulären Interessen auftreten zu können.**

eigenem Gutdünken durch königlichen *Dahir* legislative und administrative Entscheidungen treffen.

Trotz der umfassenden Machtbefugnisse ist der Monarch auf die demokratischen Institutionen und die politischen Parteien angewiesen, um ein Gleichgewicht der gesellschaftlichen Gruppen herzustellen, den nationalen Konsens zu erhalten und als Schiedsrichter über den partikulären Interessen auftreten zu können. Den parteipolitischen Pluralismus gibt es in Marokko seit der Unabhängigkeit 1956, und er wird durch die Verfassung geschützt. Die älteste marokkanische Partei ist die Marokkanische Kommunistische Partei (Parti Communiste Marocain – PCM), die bereits 1943 gegründet wurde. Nach mehreren Verboten und Neugründungen fungiert sie seit 1974 unter dem Namen Partei des Fortschritts und Sozialismus (PPS). 1944 wurde die nationalistische Unabhängigkeitspartei (Parti de l’Istiqlal – PI) gegründet, die sich im Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft profilierte. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1956 kam es zu zahlreichen Neugründungen, zwölf Parteien wurden zwischen 1956 bis 1999 gegründet, elf Parteien seit dem Jahr 2000. Eine führende Rolle spielen die beiden Traditionsparteien, der nationalkonservative PI (Istiqlal) und die sozialistische USFP (Union Socialiste des Forces Populaires, gegründet 1975 als Abspaltung der 1959 gegründeten UNFP). Bei einigen Parteigründungen hatte der Palast im Hintergrund mitgewirkt: So wurde zum Beispiel Ende der fünfziger Jahre vom damaligen König Mohammed V. die Gründung der monarchistischen Volksbewegung (Mouvement Populaire – MP) als Gegengewicht zur nationalistischen Istiqlal-Partei gefördert. Auch dessen Sohn Hassan II. stand als Inspirator hinter einigen Parteigründungen, wie z. B. der Union Constitutionnelle (UC). Ende der neunziger Jahre wurde durch die Kooptation einer Islamistenbewegung in eine bislang unbedeutende Splitterpartei (MPCD) die Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (Parti da la Justice et du Développement – PJD) gegründet, die bislang einzige zugelassene Islamistenpartei. Mit der relativen politischen Öffnung und Liberalisierung nach der Inthronisierung Mohammeds VI. ist die Zahl der Parteigründungen weiter angestiegen, u. a. wurden zwei liberale Parteien und eine Umweltpartei gegründet.

Nicht weniger als 26 Parteien – 1997 waren es nur 16 – sind zu den Wahlen am 27. September 2002 mit über 5000 Kandidaten angetreten. Sieben der Parteien wurden erst im Laufe des letzten Jahres gegründet, eine Partei (die Partei der Vereinten Linken – Parti de la Gauche Unifié, GSU) sogar nur einen Monat vor Auslaufen des Termins zur Wahlregistrierung. Da es der Regierung nicht gelungen ist, die ursprünglich im Entwurf des Wahlgesetzes vorgesehene Fünf-Prozent-Klausel für den Eintritt ins Parlament gegen den Widerstand der Parteien durchzubringen, und stattdessen nur eine Drei-Prozent-Hürde auf Wahlkreisebene eingeführt wurde, war von vornherein klar, dass das neue Parlament nicht weniger zersplittert sein würde als das bisherige.

Nach schwierigen Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Parlament, den Parteien, und nach einer Intervention des Verfassungsgerichts wurde das neue Wahlgesetz verabschiedet. Es sieht eine Proportionalwahl in insgesamt 91 Wahlkreisen mit Regionallisten von jeweils zwei bis fünf Sitzen (je nach Wählerzahl) vor. Um dem Wunsch des Königs nach einer stärkeren Vertretung von Frauen im neuen Parlament zu entsprechen, wurde zusätzlich eine nationale Liste mit 30 Sitzen eingeführt, die vorrangig für Frauen reserviert wurde. Da gegen eine gesetzlich festgelegte Frauenliste das Verfassungsgericht wegen Verletzung des Gleichheitsprinzips Einspruch erhob, einigte man sich mit den Parteiführern auf ein Gentleman's Agreement, wonach sich die Parteien freiwillig zur vorrangigen Nominierung von weiblichen Kandidaten für die nationale Liste verpflichteten. Dennoch gab es auch hier Ausnahmen. Um Wahlbetrug durch Stimmenkauf zu erschweren, wurden anstatt der früheren getrennten Parteienlisten diesmal einheitliche Listen mit allen kandidierenden Parteien eingeführt.

Knapp 14 Millionen (13 884 467) registrierte Wahlberechtigte der insgesamt 30 Millionen Marokkaner waren am 27. September 2002 zum Urnengang aufgerufen. Da über 50 Prozent der Bevölkerung Analphabeten sind, präsentierten sich die Parteien zusätzlich mit Symbolen (Logos) auf den Listen. So waren die Sozialisten (USFP) an einer lila Rose zu erkennen, die Partei *Al Ahd* an einem gelben Auto, die Allianz der Liberalen (AL) zeigte sich mit einem Wecker und die

■ Nicht weniger als 26 Parteien – 1997 waren es nur 16 – sind zu den Wahlen am 27. September 2002 mit über 5000 Kandidaten angetreten. Sieben der Parteien wurden erst im Laufe des letzten Jahres gegründet, eine Partei sogar nur einen Monat vor Auslaufen des Termins zur Wahlregistrierung.

Demokratische Union (UD) identifizierte sich mit einer Teekanne. Jeder Wähler hatte zwei Stimmen abzugeben: Eine für die regionale Wahlliste sowie eine für die nationale (Frauen-)Liste. Zur Überwachung des Wahlablaufs wurden vom Innenministerium über 2000 interne Wahlbeobachter zugelassen. Der Wahlkampf dauerte zwar aufgrund der späten Verabschiedung des Wahlgesetzes nur kurz (zwei Wochen), er war aber dafür so lebendig wie noch nie zuvor. Die Parteien machten Fernsehwerbung, prominente Persönlichkeiten wie Künstler, Sportler, Feministinnen schalteten sich in den politischen Diskurs ein, die Regierung warb für eine hohe Wahlbeteiligung. Der Wahltag am 27. September 2002 verlief denn auch im Großen und Ganzen ohne Unregelmäßigkeiten. Lediglich die um 24 Stunden verschobene Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch das Innenministerium (Begründung: Technische Schwierigkeiten bei der Auszählung) sorgte für Irritationen.

**Die Wahlergebnisse
im Überblick**

| Abgeordneten ­ kammer (325 Sitze) | Sitze |
|----------------------------------------------------|-------|
| Union Socialiste des Forces Populaires (USFP) | 50 |
| Parti d'Istiqlal (PI) | 48 |
| Parti de la Justice et du Développement (PJD) | 42 |
| Rassemblement National des Indépendants (RNI) | 41 |
| Mouvement Populaire (MP) | 27 |
| Mouvement National Populaire (MNP) | 18 |
| Union Constitutionnelle (UC) | 16 |
| Parti National Démocratique (PND) | 12 |
| Front des Forces Démocratiques (FFD) | 12 |
| Parti du Progrès et du Socialisme (PPS) | 11 |
| Union Démocratique (UD) | 10 |
| Mouvement Démocratique et Social (MDS) | 7 |
| Parti Socialiste Démocratique (PSD) | 6 |
| Parti Al Ahd | 5 |
| Alliance des Libertés (ADL) | 4 |
| Parti de la Réforme et du Développement (PRD) | 3 |
| Parti de la Gauche Socialiste Unifiée (GSU) | 3 |
| Parti Marocain Libéral (PML) | 3 |
| Forces Citoyennes (FC) | 2 |
| Parti de l'Environnement et du Développement (PED) | 2 |
| Parti Démocratique et de l'Indépendance (PDI) | 2 |
| Parti du Congrès National Ittihadi (CNI) | 1 |

Quelle: Innenministerium, www.elections2002.ma

Das Wahlergebnis brachte zwar keine großen Überraschungen hervor, dennoch sind einige Resultate von großer politischer Tragweite.

Zunächst die *Wahlbeteiligung*: Angesichts des Boykottaufrufs durch die regimiekritischen Islamisten sowie der allgemein verbreiteten politischen Apathie in der Bevölkerung wäre eine extrem niedrige Wahlbeteiligung eine klare Absage nicht nur an die Regierung und die Parteien, sondern insgesamt an die fragilen Ansätze einer Demokratie in Marokko und die weitere Entwicklung des Landes. So lässt das Ergebnis einer Wahlbeteiligung von 52 Prozent zwar aufatmen, bei Abzug von 15 Prozent ungültiger Stimmabgaben fällt der Anteil der tatsächlich abgegeben gültigen Stimmen jedoch alarmierend niedrig aus.

Zweiter Aspekt: *Die hohen Stimmengewinne für die Islamisten*. Die Islamistenpartei „Gerechtigkeit und Entwicklung“ (Parti de la Justice et du Développement – PJD) konnte die Zahl ihrer Sitze von 14 auf 42 verdreifachen und somit zur drittstärksten Kraft im Parlament avancieren. Da die PJD in nur 56 der 91 Wahlkreise eigene Kandidatenlisten aufgestellt hatte und die offenbar noch stärkere Islamistenbewegung „Al Adl Wal Ihsan“ (Gerechtigkeit und Wohltätigkeit) erst gar nicht an den Wahlen teilnahm (Boykottaufruf), kann über den tatsächlichen Einfluss der Islamisten in der Bevölkerung nur spekuliert werden. Fest steht, dass der PJD mit einer äußerst geschickten und effizienten Taktik der politischen Zurückhaltung gegenüber dem Palast einerseits und der moderaten, aber konsequenten Opposition gegenüber der Regierung andererseits einen rasanten politischen Aufstieg erzielen konnte. Durch Loyalitätsbekenntnisse gegenüber dem König und der Monarchie vermeidet er einen vorzeitigen Konflikt mit der Macht, durch moderate und „konstruktive“ politische Agitation soll die Bevölkerung beruhigt und Wählerschaft angeworben werden. Im Unterschied zu „Al Adl Wal Ihsan“, die in Ablehnung zum herrschenden Regime steht und deshalb aus einer Quasi-Illegalität heraus operieren muss (wenngleich auch sie von den marokkanischen Behörden toleriert wird), hat der PJD die strategische Option des Agierens durch Teilnahme an der Macht gewählt. Im Rahmen des bestehenden Systems setzt sich der PJD die schrittweise Islamisie-

■ **Angesichts des Boykottaufrufs durch die regimiekritischen Islamisten sowie der allgemein verbreiteten politischen Apathie in der Bevölkerung wäre eine extrem niedrige Wahlbeteiligung eine klare Absage nicht nur an die Regierung und die Parteien, sondern insgesamt an die fragilen Ansätze einer Demokratie in Marokko und die weitere Entwicklung des Landes.**

rung der Gesellschaft zum Ziel. Der PJD hat die Konstanten des Regimes offiziell anerkannt: Die Monarchie, die religiöse Führerschaft des Königs, die demokratischen Institutionen. Das Endziel teilt der PJD jedoch gemeinsam mit Al Adl Wal Ihsane: Die Einführung eines islamischen Staates mit voller Wirksamkeit der *Scharia*. Dass dabei ein Vertreter des PJD schonmal das Abhacken der Hände von Dieben befürwortet, ist eher als politische Unbedachtheit zu bewerten. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass es dem PJD gelungen ist, etliche Hochburgen und Stammwahlkreise der beiden großen Traditionsparteien USFP und Istiqlal zu erobern, namentlich in den großen Städten Casablanca, Rabat, Fés und Tanger. Dies zeugt davon, dass seine Wählerschaft nicht nur aus den Kreisen der Armen und Ungebildeten in den Elendsvierteln kommt, sondern sich zunehmend auch aus Kreisen des Mittelstands und der Arbeitnehmer rekrutiert. Der PJD orientiert sich strukturell an dem Vorbild jordanischer Islamistenparteien (Hizb Jabhat Al Amal al Islami, Jma'at Al Ikhwan Al Muslimin): Neben der Sektion der politischen Partei besteht die Sektion einer islamischen Bewegung (Al Islah Wa Al Wahda), die zahlreiche regionale Assoziationen umfasst. Die Partei stellt die Schnittstelle zur Macht dar, die Bewegung hält über karitative, kulturelle und soziale Aktivitäten den Kontakt zur Basis. Diese Doppelstruktur hat den Vorteil, dass im Falle eines Verbots der Partei die Basisstruktur unberührt bleibt. Umgekehrt profitiert die Partei von den Aktivitäten der Bewegung im Wohltätigkeitsbereich. Die Ursprünge des PJD gehen auf das Jahr 1992 zurück, als die Islamistenbewegung „Islah Wa Attajdid“ (Reform und Erneuerung) unter Führung von Abdelilah Benkirane erfolglos die Gründung einer politischen Partei beantragte. Nachdem sie ebenfalls erfolglos Verhandlungen über eine Fusion mit der Istiqlal-Partei führte, kam sie schließlich mit der damals politisch bedeutungslosen Partei Mouvement Populaire Constitutionnel Démocratique (MPDC) des politischen Veteranen aus der Unabhängigkeitszeit Abdelkrim Khatib ins Geschäft. Für Khatib war dies eine willkommene Gelegenheit für ein politisches Comeback. Er verhandelte die kontrollierte Einbindung der Islamisten in die Politik mit dem Palast, der bereit war, unter folgenden Bedingungen

■ Die Ursprünge des PJD gehen auf das Jahr 1992 zurück, als die Islamistenbewegung „Islah Wa Attajdid“ (Reform und Erneuerung) unter Führung von Abdelilah Benkirane erfolglos die Gründung einer politischen Partei beantragte.

zuzustimmen: 1. Anerkennung des Königs und seines Status als religiöser Führer, 2. Ablehnung der Gewalt, 3. Anerkennung des malekitischen Islam als der offiziellen Islamvariante. All diese Bedingungen wurden erfüllt und werden bis heute eingehalten. 1997 wird der MPDC zu den Wahlen zugelassen und erhält neun Sitze, nach einigen Übertritten erhöht sich die Zahl auf 14. Auf ihrem IV. Nationalkongress 1998 nennt sich die Partei schließlich in Parti de la Justice et du Développement (PJD) um.

Im Unterschied zum PJD stellt die Bewegung „Al Adl Wal Ihsan“ die Islamisierung des Machtssystems als politisches Ziel in den Vordergrund. Sie erkennt weder die religiöse Führerschaft des Königs noch die Monarchie als solche an. Ihr Führer, der von König Mohammed VI. im Jahre 2000 aus seinem zehnjährigen Hausarrest entlassene Scheikh Abdessalam Yassin, verlangt die Restauration des Regimes der Khilafa, einer frühislamischen Staatsform aus der Zeit des Propheten in Medina. „Al Adl Wal Ihsan“ ist vor allem im karitativen Bereich tätig, sie bezeichnet sich als soziale Bewegung, die sich um Kultur, Erziehung, Wohltätigkeitsaktivitäten und religiöse Fragen kümmert. Dennoch ist sie durchaus auch im politischen Bereich aktiv und nicht ohne Einfluss. Dies wurde zum Beispiel bei den Ereignissen im März 2000 deutlich sichtbar, als es anlässlich der Vorbereitung eines Reformpakets zur Verbesserung der Situation der Frauen den Islamisten gelungen ist, mehrere hunderttausend Menschen zu einer Protestdemonstration in Casablanca zu mobilisieren. Das Gesetz wurde daraufhin von der Regierung zurückgezogen und zur weiteren Bearbeitung einer vom König einberufenen Kommission übergeben. Die Ergebnisse sollen bis Ende 2002 bekannt gegeben werden. Als Hochburgen von Al Adl Wal Ihsan gelten die Armenviertel der großen Städte, die marokkanischen Hochschulen und Teile des Mittelstands (Handwerker).

Sowohl der PJD als auch „Al Adl Wal Ihsan“ gelten in Marokko als Parteien „gemäßigter“ Islamisten, die Gewalt ablehnen und die Veränderungen in der Gesellschaft auf friedlichem Wege, durch Überzeugung und Agitation einerseits, durch entsprechendes Mitwirken am politischen Entscheidungsprozess andererseits (PJD), erwirken wollen. Sie berufen sich auf den traditionellen marokkanischen Islam, der dem

■ Im Unterschied zum PJD stellt die Bewegung „Al Adl Wal Ihsan“ die Islamisierung des Machtssystems als politisches Ziel in den Vordergrund. Sie erkennt weder die religiöse Führerschaft des Königs noch die Monarchie als solche an.

■ Der wahhabitische Islam wird in Marokko von radikalislamistischen Gruppen, den sogenannten Salafisten verbreitet. Die Anhänger der Glaubensrichtung *Salafiya*, die im 17. Jahrhundert entstanden ist, wollen zur ursprünglichen Praxis des Islam während der Zeit der idealen muslimischen Gesellschaft (*Umma*) zur Zeit des Propheten zurückkehren

spirituellen Sufismus entspringt, und lehnen den wahhabitischen Islam saudischer Prägung ab.

Der wahhabitische Islam wird in Marokko von radikalislamistischen Gruppen, den sogenannten Salafisten verbreitet. Die Anhänger der Glaubensrichtung *Salafiya*, die im 17. Jahrhundert entstanden ist, wollen zur ursprünglichen Praxis des Islam während der Zeit der idealen muslimischen Gesellschaft (*Umma*) zur Zeit des Propheten zurückkehren (*al-aslaf* – die Ahnen, gemeint sind die Rechtgläubigen aus der Gründerzeit des Islam, d. h. die Gefolgsleute des Propheten Mohammed). Alle Entwicklungen nach den ersten drei Jahrhunderten des Islam gelten als Irrwege. Sie predigen eine buchstabengetreue Auslegung des Koran und lehnen alle kulturellen Zusammenhänge außerhalb der strikt religiösen Sphäre ab: Bildhauerei, Musik, Philosophie und Literatur ebenso wie andere Religionsformen und Kulturen. Es gibt verschiedene Strömungen der *Salafiya*, von denen die Mitglieder der *Salafiya Jihadia* die radikalsten sind. Sie predigen den gewaltsamen *Dschihad* und zeichnen sich durch ein intolerantes und aggressives Auftreten aus: Es wird von islamistischen „Milizen“ berichtet, die in den Slums und Armenvierteln marokkanischer Städte patrouillieren und jene Bürger drangsalieren, die sich nicht nach islamischen Vorschriften verhalten. Einer Gruppierung mit dem Namen „Al Hijra Wa Takfir“ von Scheikh Bendaoud aus Nador werden sogar religiös motivierte Mordanschläge zugeschrieben. Die marokkanischen Sicherheitskräfte gehen streng gegen diese Gruppierungen vor. Das Ministerium für islamische Angelegenheiten, das die Imame ernennt, sowie das Innenministerium versuchen vor allem, Prediger dieser Gruppierungen von den Moscheen fern zu halten, bzw. die Errichtung von illegalen Moscheen zu verhindern. Im Vorfeld der Parlamentswahlen gab es einige spektakuläre Verhaftungen von Aktivisten der *Salafiya*, unter denen der Fall des jungen Imam aus Fés, Mohammed Abdelwahhab R'qiqi alias Abu Hafs, der bekannteste ist. Wirkungsstätten der Salafisten sind die Elendsviertel der marokkanischen Städte, wie Casablanca (die Gruppe um Abu Zakaria), Fés (Abu Hafs), Tanger (Anhänger von Scheikh Mohammed Fizazi), Tétouan (Scheikh Abu Al Fadl Hadouch) und Rabat (Scheikh Hassan Kettani). Eine gemäßigte Salafisten-

gruppe wirkt in Marrakesch (Scheikh Mohammed Maghraoui). Der wahhabitische Islam wird in Marokko mit erheblicher finanzieller Unterstützung aus Saudi Arabien, aber auch aus anderen Golfstaaten (Kuweit) verbreitet. Unter dem Deckmantel karitativer Vereinigungen fließen diese Gelder vor allem in Koranschulen, in den Bau von Moscheen für wahhabitische Prediger und auch in die Strukturen der *Salafiya*. Hier ist vor allem das Ministerium für islamische Angelegenheiten gefordert, eine adäquate Antwort auf diese religiöse Infiltration zu finden.

Ein dritter wichtiger Aspekt der Wahlergebnisse ist der Einzug von 35 Frauen in das neue Parlament. Die Einführung einer für Frauen reservierten nationalen Liste mit 30 Sitzen sowie die Selbstverpflichtung der Parteien, für diese Liste vorrangig Frauen aufzustellen, ist bislang in der arabischen Welt einmalig. Um so bemerkenswerter ist der Erfolg von weiteren fünf Frauen (zwei von Istiqlal, zwei von PJD, einer von MNP), die es geschafft haben, im regulären Wettbewerb über die regionalen Wahllisten sich den Einzug ins Parlament zu sichern. Im vorherigen Abgeordnetenhaus waren gerade einmal zwei Frauen vertreten. Hier sei darauf hingewiesen, dass die Islamistenpartei PJD zu jenen Parteien gehört, die mit sechs weiblichen Abgeordneten (vier über die Nationalliste, zwei über Regionallisten) gleichstehend mit Istiqlal (ebenfalls sechs) den höchsten Anteil an Frauen in ihrer Parlamentariergruppe haben.

| | |
|-----------------------------------------------|---------|
| Union Socialiste des Forces Populaires (USFP) | 5 Sitze |
| Parti d'Istiqlal (PI) | 4 Sitze |
| Parti de la Justice et du Développement (PJD) | 4 Sitze |
| Rassemblement National des Indépendants (RNI) | 4 Sitze |
| Mouvement Populaire (MP) | 2 Sitze |
| Union Constitutionnelle (UC) | 2 Sitze |
| Mouvement National Populaire (MNP) | 2 Sitze |
| Front des Forces Démocratiques (FFD) | 2 Sitze |
| Parti du Progrès et du Socialisme (PPS) | 2 Sitze |
| Parti National Démocratique (PND) | 2 Sitze |
| Union Démocratique (UD) | 1 Sitz |

Quelle: Innenministerium, www.elections2002.ma

■ Ergebnisse der nationalen Liste (Frauenliste) – 30 Sitze

Der vierte Aspekt von politischer Bedeutung ist das relativ *schlechte Abschneiden der Union Socialiste des*

Forces Populaires (USFP). Obwohl die USFP mit dem Erhalt von 50 Mandaten sich als stärkste Kraft behaupten konnte, bedeutet das Ergebnis dennoch einen Verlust von sieben Sitzen und somit auch das Ende der unter der USFP geführten sogenannten Regierung des Wechsels (*l'Alternance*). Das Scheitern der USFP hat mehrere Gründe. Zum einen hat die Partei, die über Jahrzehnte in Opposition zum herrschenden Regime stand, deren prominente Anführer wie Mehdi Ben Barka (in den sechziger Jahren im französischen Exil ermordet) und Abderrahman Yousseffi (zweimal zum Tode verurteilt, bis 1995 im Exil in Frankreich) unter Repressionen und Verfolgung leiden mussten, durch ihre Beteiligung an der *Alternance*-Regierung 1998 bis 2002 bei vielen ihrer Stammwähler an moralischem Kredit verloren. König Hassan II. hatte 1998 die *Alternance* durchgesetzt, indem er den langjährigen Opponenten Yousseffi überreden konnte, an die Spitze einer Regierung aus sieben Parteien zu treten, zusammen mit der ebenfalls oppositionellen, aber konservativen Istiqlal-Partei, die allerdings immer eine zweiseitige Rolle des internen Kritikers der USFP spielte und nebenbei um die Gunst des PJD buhlte. Die äußerst heterogene, teilweise aus politisch konträr ausgerichteten Parteien zusammengesetzte Regierungskoalition war nicht imstande, eine klare und einheitliche politische Linie zu finden. Für den 78-jährigen Yousseffi, der Entscheidungen immer auf einem möglichst breiten Konsens aufbauen wollte, war es unmöglich, die mit seinem Amtsantritt verbundenen Hoffnungen auf Reformen und Veränderungen im Lande zu erfüllen. Die groß angekündigten Reformwerke sind alsbald ins Stocken geraten: Die Wirtschaftsreform, die Justizreform, die Reform des Sozialwesens, die Bildungsreform, die Verbesserung der Stellung der Frau. Bei seinen Anhängern verlor er massiv an Ansehen, als er 2000 drei unabhängige Zeitungen verbieten lies, die über angebliche Verstrickungen seiner Person in den zweiten Militärputsch gegen Hassan II. in den siebziger Jahren berichteten. Obwohl der Handlungsspielraum des Premierministers sehr beschränkt ist – die vier Schlüsselministerien Inneres, Äußeres, Justiz und Religion, die Verteidigungspolitik (kein Ministerium) sowie das Generalsekretariat unterstehen direkt dem König – hätte Yousseffi durchaus

mehr politische Akzente setzen können. Wenn auch bei den Wahlen am 27. September 2002 Youssoufi selbst nicht mehr kandidierte, hatte er sich dennoch Hoffnungen gemacht, nachdem die USFP wieder stärkste Partei wurde, vom König einen neuen Regierungsauftrag zu bekommen. Die überraschende Nominierung des parteilosen ehemaligen Innenministers Jettou, der ein Vertrauensmann des Monarchen ist, war für Youssoufi eine herbe Enttäuschung. Aber auch interne Rangeleien in der Parteiführung sowie die Abspaltung eines gewerkschaftsnahen Flügels haben der USFP bei den Wahlen letztlich wichtige Stimmen gekostet.

Die Istiqlal-Partei, Partner und zugleich ewiger Rivale der USFP, hat mit 48 Sitzen (1997: 32 Sitze) zwar deutlich an Mandaten zulegen können, blieb aber trotzdem hinter ihren Erwartungen erheblich zurück. Meinungsumfragen gaben dem PI vor den Wahlen die Aussicht, noch vor der USFP stärkste Partei zu werden. Ihr Chef und Generalsekretär Abbas Al Fassi hatte sich ebenfalls Hoffnungen auf den Premierministerposten gemacht. Nun wird er sich vermutlich wieder mit einem Ministerposten – welchen er bereits im Kabinett Youssoufi innehatte – begnügen müssen.

An vierter Stelle knapp hinter dem PJD hat sich das Rassemblement National des Indépendants (RNI), eine vom Schwager Hassans II. und Ex-Premierminister Ahmed Osman geführte Partei, mit 41 Mandaten platzieren können. Das RNI wurde 1978 als Sammlung unabhängiger Mandatsträger gegründet und ist als großbürgerlich und rechtskonservativ einzuordnen. Obwohl es über sehr gute Beziehungen zum Palast verfügt, hatte es öfters auch kritische Positionen gegenüber dem Macht-Establishment (Machsen) eingenommen. So ist Ahmed Osman mehrmals in Konflikt mit dem mächtigen früheren Innenminister und Handlanger Hassans II., Driss Basri, geraten.

Insgesamt 22 Parteien haben den Einzug ins Parlament geschafft. Damit wird die neue Abgeordnetenkammer im Vergleich zu ihrer Vorgängerin noch weiter atomisiert sein und deshalb kaum einen ernstzunehmenden politischen Gegenpol zur Regierung und zum Palast hergeben können. Die verschiedenen kleinen Splitterparteien stellen ein buntes Spektrum von Interessensgruppen und -grüppchen dar, manche bestehen lediglich aus einem politisch „nomadisie-

■ **Insgesamt 22 Parteien haben den Einzug ins Parlament geschafft. Damit wird die neue Abgeordnetenkammer im Vergleich zu ihrer Vorgängerin noch weiter atomisiert sein und deshalb kaum einen ernstzunehmenden politischen Gegenpol zur Regierung und zum Palast hergeben können.**

renden“ Spitzenkandidaten, der anderswo nicht unterkam. Der eigentliche politische Handel wird bei der Bildung der Fraktionen beginnen. Da die Mindestzahl für die Gründung einer Fraktion bei zwölf Mitgliedern liegt, sind die vielen kleinen Parteien gezwungen, Bündnisse zu suchen. Ein beklagenswertes Phänomen in der marokkanischen parlamentarischen Realität ist die sogenannte *transhumance*, der Wechsel der Abgeordneten von einer Fraktion zur anderen. Manche Parlamentarier haben keine Scham, sich bei zwei oder mehr Fraktionen gleichzeitig einschreiben zu lassen. Damit sind die Angaben zur jeweiligen Fraktionsgröße nur als vorläufig zu betrachten, da es immer wieder – je nach politischer Lage und Opportunität – zu Veränderungen kommen kann.

■ Dem designierten Premierminister Driss Jettou, der als Integrationspolitiker und Wirtschaftsfachmann gilt, stehen für die Bildung seiner Regierungskoalition praktisch alle Kombinationen offen. Lediglich der PJD hat bislang angekündigt, in die Opposition gehen zu wollen.

Dem designierten Premierminister Driss Jettou, der als Integrationspolitiker und Wirtschaftsfachmann gilt, stehen für die Bildung seiner Regierungskoalition praktisch alle Kombinationen offen. Lediglich der PJD hat bislang angekündigt, in die Opposition gehen zu wollen. Er wird dadurch sein Image als einzige wahre Alternative zum herrschenden Regime weiter stärken können und vermutlich schon bei den 2003 anstehenden Kommunalwahlen weitere politische Zugewinne verzeichnen können. Die beiden großen Parteien USFP und Istiqlal sind trotz anfänglichen Schmollens zur Regierungsbeteiligung bereit. Voraussichtlich wird Jettou sein Kabinett aus einer möglichst breiten Koalition der „nationalen Einheit“ zusammenstellen. Der König erwartet nach den Angaben seines Sprechers Hassan Aourid, dass die künftige Regierung rasch ein „Aktionsprogramm für die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung“ vorlegt, welches „klare Prioritäten“, insbesondere für wirtschaftliche und soziale Reformen, setze. Die Aufgaben, die vor Jettou stehen, sind gewaltig: Der Abbau der Staatsverschuldung (derzeit 75 Prozent des BIP), die Überwindung des stagnierenden Wachstums, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ca. 30 Prozent), insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, Überwindung der hohen Analphabetenrate (über 50 Prozent), Reform des Justizwesens, des Sozial- und Gesundheitswesens. Auf dem UN-Index zur menschlichen Entwicklung liegt Marokko unter 173 Ländern an 123. Stelle – hinter den Nachbarn Algerien und Tunesien. Um die Wirtschaft in Schwung

zu bringen, braucht Marokko ausländische Investitionen. Auch deswegen wird es unumgänglich sein, das zerrüttete Verhältnis zum Nachbarn Spanien wieder aufzubessern und die Beziehungen zur Europäischen Union weiter zu intensivieren.

Marokko, ein Land an der Schnittlinie zwischen zwei Kontinenten und Kulturen, zwischen Europa und Afrika, zwischen Christentum und dem Islam, versucht den Weg in Richtung Modernisierung, Demokratisierung und Liberalisierung zu gehen bei gleichzeitiger Bewahrung der traditionellen Werte einer absoluten Monarchie islamischer Prägung. Um diesen Drahtseilakt zu bewältigen, braucht es vor allem Stabilität. Eine Stabilität, die vom Konsens der Gesellschaft getragen wird. Die Parlamentswahlen 2002 waren hierfür nur ein erster Schritt.

■ Literaturhinweis

Bernd M. Weischer, „Das Parteiensystem und die Rolle des Parlaments in Marokko“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 7/94, S. 112-118.

Das Manuskript wurde am 2. November 2002 abgeschlossen.